

Kölner Kriminalwissenschaftliche Schriften

Band 76

**Migranten im
nordrhein-westfälischen Strafvollzug**

Eine rechtliche und empirische Analyse

Von

Edith Arians



Duncker & Humblot · Berlin

EDITH ARIANS

Migranten im
nordrhein-westfälischen Strafvollzug

Kölner Kriminalwissenschaftliche Schriften

Herausgegeben von

Claus Kreß, Cornelius Nestler

Frank Neubacher, Frauke Rostalski

Martin Waßmer, Thomas Weigend, Bettina Weißer

Professoren an der Universität zu Köln

Band 76

Migranten im nordrhein-westfälischen Strafvollzug

Eine rechtliche und empirische Analyse

Von

Edith Arians



Duncker & Humblot · Berlin

Die Hohe Rechtswissenschaftliche Fakultät
der Universität zu Köln
hat diese Arbeit im Jahr 2021
als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2022 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: 3w+p GmbH, Ochsenfurt-Hohestadt
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

ISSN 0936-2711
ISBN 978-3-428-18618-1 (Print)
ISBN 978-3-428-58618-9(E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2021/22 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln zur Dissertation angenommen. Sie entstand während meiner Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Strafrecht und Strafprozessrecht von Herrn Prof. Dr. iur. Dr. h.c. Martin Waßmer. Rechtsprechung, Gesetzgebung und Literatur wurden bis November 2020 berücksichtigt.

Mein Dank gilt zuvorderst meinem Doktorvater Prof. Dr. iur. Michael Kubink für die freundliche Betreuung und Unterstützung bei der Erstellung dieser Arbeit.

Herzlich bedanken möchte ich mich bei Prof. Dr. iur. Frank Neubacher M.A., der mich im Rahmen meines Schwerpunktstudiums für die Kriminologie und insbesondere das Strafvollzugsrecht begeistert und nun freundlicherweise die Erstellung des Zweitgutachtens übernommen hat.

Großer Dank gilt ebenso Prof. Dr. iur. Dr. h.c. Martin Waßmer für die Zeit, in der ich an seinem Lehrstuhl als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig sein durfte. Sie war sowohl in akademischer als auch persönlicher Hinsicht prägend und gewinnbringend. Vielen Dank für die Aufnahme in eine wunderbare Lehrstuhlfamilie sowie für die Rücksichtnahme und gewährten Freiheiten.

Weiterhin danken möchte ich Dr. iur. Mario Bachmann. Durch seine gleichermaßen klare wie konstruktive Kritik, seine Diskussionsbereitschaft und nicht zuletzt seine strenge Begutachtung des Manuskripts hat er diese Arbeit maßgeblich gefördert. Auch Viktoria Wieck danke ich von ganzem Herzen für ihre fachlichen Ratschläge und Inspirationen. Sie war und ist für mich stets eine hochgeschätzte Diskussionspartnerin, die für mich im Laufe der Promotionsphase zu einer wahren Freundin geworden ist.

Ein empirisches Forschungsprojekt bedarf der Unterstützung durch zahlreiche Menschen und Institutionen. Danken möchte ich den beteiligten Integrationsbeauftragten der einzelnen Justizvollzugsanstalten für ihre Mitwirkung an diesem Forschungsprojekt sowie der jeweiligen Anstaltsleitung für ihren Zuspruch. Dem Kriminologischen Dienst NRW danke ich ebenso für die Fürsprache im Rahmen des Bewilligungsverfahrens.

Dem Verein zur Förderung der Kriminalwissenschaften der Universität zu Köln danke ich für die Gewährung eines großzügigen Druckkostenzuschusses.

Herzlichen Dank schulde ich meinen Lehrstuhlkolleginnen und -kollegen sowie dem gesamten Institut. Ihr Humor und ihre freundschaftliche Unterstützung haben

elementar dazu beigetragen, dass ich auf die Entstehungszeit dieser Arbeit gerne zurückblicken werde.

Anja Wellerdick und unseren studentischen Lehrstuhlmitarbeiterinnen und -mitarbeitern bin ich zu großem Dank für das mühevollen Korrekturlesen verpflichtet.

Auch meinen großartigen Freundinnen Laura Herrmann und Leona Pfeiffer danke ich vielmals für ihren unermüdlichen Zuspruch.

Mein herzlichster Dank gilt nicht zuletzt meinem Vater Thomas Arians, der durch seine gewährte familiäre, herzliche Geborgenheit und großzügige Unterstützung das nötige Fundament – nicht nur für dieses Werk – geschaffen hat. Ihm danke ich von Herzen für seine fortwährende Ermutigung, unerschöpfliche Geduld und Zuversicht in jeder Phase meines Werdegangs.

Ihm und meiner verstorbenen Mutter Ursula Arians widme ich in großer Liebe und Dankbarkeit dieses Werk.

Köln, im Dezember 2021

Edith Arians

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	23
I. Erkenntnisinteresse und Forschungsanlass	23
II. Stand der Wissenschaft	25
1. Die Untersuchung von Boese	25
2. Die Untersuchung von Tzschaschel	26
3. Die Untersuchung von Fröhmcke	27
4. Die Untersuchung von Rieder-Kaiser	28
5. Fazit	29
III. Gang der Untersuchung	30
B. Begriffsbestimmungen und historische Einordnung	31
I. Terminologie	31
1. Der relevante Personenkreis	31
a) Begriff „Ausländer“	31
b) Begriff: Nichtdeutsche	33
c) Begriff: Migrant	34
d) Heterogenität der Personengruppe der Migranten	37
2. Der Begriff Strafvollzug	38
3. Zusammenfassung	39
II. Historische Einordnung	39
1. Migration in der deutschen Geschichte	39
2. Migranten in der Geschichte des Strafvollzugs	41
C. Statistische Befunde zu Migranten in der Bevölkerung und im Strafvollzug ...	45
I. Statistische Befunde zu Migranten in der Bevölkerung	45
1. Nichtdeutsche Bevölkerung differenziert nach dem Merkmal der Staatsangehörigkeit	47
2. Nichtdeutsche Bevölkerung differenziert nach dem Merkmal des aufenthaltsrechtlichen Status	49
3. Entwicklung der nichtdeutschen Bevölkerung	51
4. Statistische Befunde zu Personen mit Migrationshintergrund	54
5. Zusammenfassung	56

II. Statistische Befunde zu Migranten im Strafvollzug	57
1. Nichtdeutsche Strafgefangene differenziert nach dem Merkmal der Staatsangehörigkeit	60
2. Nichtdeutsche Strafgefangene differenziert nach sonstigen Merkmalen	62
3. Entwicklung des Umfangs der nichtdeutschen Strafgefangenen	62
a) Entwicklung der allgemeinen Belegsituation	62
b) Entwicklung der speziellen Belegsituation von Migranten	65
4. Zusammenfassung	69
III. Zusammenfassung der statistischen Analyse	70
D. Rechtlicher Rahmen in Bezug auf Migranten im Strafvollzug	71
I. Die aufenthaltsrechtliche Situation der Migranten	71
1. Die aufenthaltsrechtliche Situation von Nicht-EU-Ausländern nach dem Aufenthaltsgesetz	72
a) Das öffentliche Ausreiseinteresse	74
b) Das Bleibeinteresse des Ausländers gemäß § 55 AufenthG	75
c) Rechtsfolgen	76
2. Die aufenthaltsrechtliche Situation von EU-Ausländern nach dem Freizügigkeitsrecht	77
3. Die aufenthaltsrechtliche Situation unionsrechtlich privilegierter Ausländer ..	79
4. Die aufenthaltsrechtliche Situation von Asylberechtigten und Flüchtlingen ...	79
5. Die Abschiebung	80
6. Die Ausweisungs- und Abschiebungspraxis	80
7. Zusammenfassung der aufenthaltsrechtlichen Situation migrantischer Inhaftierter	82
II. Die strafvollzugsrechtliche Situation der Migranten	83
1. Vollzugsziel	84
a) Rechtliche Herleitung	84
(1) Der Resozialisierungsauftrag: Das Sozialstaatsprinzip – Art. 20 Abs. 1 GG	85
(2) Das Grundrecht auf Resozialisierung – Art. 2 Abs. 1 GG i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG	88
b) Kriminalpolitische Erwägungen	89
c) Begriffsbestimmung der Resozialisierung	92
d) Das Vollzugsziel der Resozialisierung für Migranten	98
(1) Resozialisierungsbedürftigkeit	101
(2) Resozialisierungsfähigkeit	102
2. Behandlungsgrundsätze	106
a) Angleichungsgrundsatz, § 2 Abs. 1 S. 1 StVollzG NRW	106
b) Gegensteuerungsgrundsatz, § 2 Abs. 1 S. 3 StVollzG NRW	109

c) Integrationsgrundsatz § 2 Abs. 1 S. 2 StVollzG NRW	110
d) Weitere Grundsätze des StVollzG NRW	112
3. Spezifische Regelungen des Strafvollzugsgesetzes für Migranten?	113
4. Vollzugliche Relevanz des Diskriminierungsverbots, Art. 3 Abs. 3 GG	115
5. Zusammenfassung der strafvollzugsrechtlichen Situation migrantischer Inhaftierter	116
III. Rechtliche Möglichkeiten der Entlassung vor dem Endstrafenzeitpunkt	117
1. Auslieferung (§§ 2 ff. IRG)	118
a) Allgemeine rechtliche Einordnung und Voraussetzungen	118
b) Der praktische Anwendungsbereich	120
2. Vollstreckungshilfe (§§ 71 ff., 85 ff. IRG)	121
a) Allgemeine rechtliche Einordnung	122
b) Voraussetzungen und Verfahren	124
(1) Nicht-EU-Ausländer	124
(2) EU-Ausländer	126
c) Der praktische Anwendungsbereich	127
3. Vorläufiges Absehen von weiterer Vollstreckung bei Auslieferung, Überstellung oder Abschiebung (§ 456a StPO)	129
a) Normzweck	130
b) Voraussetzungen	131
c) Kriminalpolitische Erwägungen	134
d) Der praktische Anwendungsbereich	136
4. Zusammenfassung der rechtlichen Möglichkeiten zur frühzeitigen Entlassung migrantischer Inhaftierter	138
E. Die empirische Untersuchung	140
I. Empirische Erkenntnisse und ihre Verwertbarkeit für das (Strafvollzugs-)Recht	141
II. Untersuchungsmethode	143
1. Erhebungsinstrument	144
2. Zusammensetzung der Stichprobe	144
3. Durchführung	145
III. Ergebnisse der empirischen Untersuchung	146
1. Die Integrationsbeauftragten: Basisdaten zur beruflichen Biografie und zum Berufsverständnis	146
a) Die Idee der Etablierung von Integrationsbeauftragten	147
b) Die interviewten Integrationsbeauftragten	148
2. Die Sprachbarriere – Kommunikation als das „Ur-Problem“	149
a) Erkenntnisse aus den Interviews	150
(1) Die Sprachprobleme in den verschiedenen Phasen des Vollzuges	151
(2) Besonders betroffene Nationalitäten	152

(3) Besonderes Konfliktpotenzial und Missverständnisse aufgrund der Sprachbarriere	153
(4) Sprachbarriere als (zusätzliche) Belastung für die Bediensteten	155
(5) Zusammenfassung	155
b) Rechtliche Analyse	156
(1) Die Bedeutung von Kommunikation im Strafvollzug	157
(2) Möglichkeiten zur Überwindung der Sprachbarriere	160
(a) Dolmetschertätigkeiten	160
(b) Sonstige Übersetzungshilfen	165
(c) Sprachkurse	166
(3) Sprachbezogene Rechte für ausländische Gefangene?	169
(a) Anspruch auf Beiziehung eines Dolmetschers?	170
(aa) Dolmetscherleistungen im Rahmen des Disziplinarverfahrens	170
(bb) Dolmetscherleistungen im Rahmen des gerichtlichen Verfahrens	174
(cc) Dolmetscherleistungen im Rahmen der Gesundheitsfürsorge	179
(dd) Dolmetscherleistungen im Rahmen des Aufnahmeverfahrens	183
(ee) Zusammenfassung	185
(b) Anspruch auf Zulassung zu einem Sprachkurs?	185
(4) Zusammenfassung	187
c) Empirische Ausgangslage	189
(1) Dolmetschertätigkeiten und Dolmetschersprechstunde	189
(2) Mitgefangene und Bedienstete als Dolmetscher	191
(3) Sonstige Übersetzungshilfen	192
(a) Übersetzungshilfen beim Zugang	192
(b) Videodolmetscher und sonstige technische Hilfsmittel	193
(4) Sprachkurse	195
(5) Zusammenfassung	197
d) Stellungnahme	197
e) Lösungsansätze	198
(1) Systematische Einordnung einer Sprachkompetenz de lege ferenda	198
(2) Inhaltliche Ausgestaltung einer Sprachkompetenz de lege ferenda	200
(a) Der Zugang zu Dolmetschern de lege ferenda: § 30a Abs. 1 StVollzG NRW	201
(b) Der Zugang zu Sprachkursen de lege ferenda: § 30a Abs. 2 StVollzG NRW	201
(aa) Die Ausgestaltung als gebundene Entscheidung	202
(bb) Die Einfügung des Antragserfordernisses	202
(cc) Die Sinnhaftigkeit des Angebotcharakters	203
(dd) Das Erfordernis der Frühzeitigkeit	203
(ee) Erforderliche Folgeänderungen	205

f) Zusammenfassung	205
3. Kulturelle Differenzen im Strafvollzug	206
a) Erkenntnisse aus den Interviews	207
b) Rechtliche Analyse	210
(1) Integrationskurse	214
(2) Integrationslotsen	218
(3) Kulturelles Kompetenztraining für das Vollzugspersonal	219
(4) Kulturbezogene Rechte für migrantische Inhaftierte	222
(5) Zusammenfassung	224
c) Empirische Ausgangslage	225
(1) Integrationskurse	226
(2) Integrationslotsen	227
(3) Kulturelles Kompetenztraining für das Vollzugspersonal	228
(4) Integrationshelfer	229
(5) Sonstige behandlerische Angebote zwecks Integration im Justizvollzug	230
(6) Zusammenfassung	232
d) Stellungnahme	232
e) Lösungsansätze	233
(1) Systematische Einordnung der Vermittlung (inter-)kultureller Kompetenzen de lege ferenda	233
(2) Inhaltliche Ausgestaltung der Vermittlung (inter-)kultureller Kompetenzen de lege ferenda	234
(a) Der Zugang zu Integrationskursen für Inhaftierte de lege ferenda: § 30b Abs. 1 StVollzG NRW	235
(aa) Die Ausgestaltung mit Angebotscharakter	235
(bb) Die Ausgestaltung als gebundene Entscheidung mit Antragsersfordernis	236
(cc) Die Voraussetzungen: Integrationsdefizit und individuelle Fähigkeiten	237
(dd) Der Verweis auf das Integrationsgesetz	239
(ee) Minimallösung in Bezug auf die Vermittlung (inter-)kultureller Kompetenzen de lege ferenda – Alternativvorschlag	240
(ff) Erforderliche Folgeänderungen	242
(b) Die Erforderlichkeit von Fortbildungsmaßnahmen de lege ferenda: § 30b Abs. 2 StVollzG NRW	242
f) Zusammenfassung	246
4. Minimale religiöse Betreuung	248
a) Erkenntnisse aus den Interviews	249
b) Rechtliche Analyse	249
(1) (Muslimische) Religionsbetreuung und Strafvollzug im Allgemeinen	250
(2) Personalien der (muslimischen) Religionsbetreuung	251

(3) Förderungswürdigkeit und -bedürftigkeit der muslimischen Religionsbetreuerung	255
(a) Die Zunahme des Bedarfs an einer nichtchristlichen Religionsbetreuerung	255
(b) Interreligiöse Seelsorge? Die Bedeutung einer nichtchristlichen Religionsbetreuerung im Strafvollzug	257
(c) Die deradikalisierende und allgemein präventive Wirkung von Religionsbetreuerung	259
(d) Die Religionsbetreuerung durch ausreichendes und qualifiziertes Personal	260
(4) Zusammenfassung	263
c) Empirische Ausgangslage	264
d) Stellungnahme	266
e) Lösungsansatz	267
5. Schwierigkeiten aufgrund des aufenthaltsrechtlichen Status	268
a) Vollzugsöffnende Maßnahmen bei ausländischen Inhaftierten	269
(1) Rechtliche Analyse	269
(a) Rechtliche Voraussetzungen der vollzugsöffnenden Maßnahmen	269
(b) Vollzugsöffnende Maßnahmen trotz drohender Ausweisung bzw. anhängigem Ausweisungsverfahren oder Abschiebung	270
(c) Die Funktionen sowie die Bedeutung der vollzugsöffnenden Maßnahmen für migrantische Inhaftierte	277
(d) Gefahren, Missbrauch und Fehlschläge von vollzugsöffnenden Maßnahmen	279
(e) Die Verantwortlichkeit der Entscheider	281
(2) Empirische Ausgangslage	282
(3) Stellungnahme	284
(4) Lösungsansätze	285
(a) Regelung im Rahmen des StVollzG NRW	285
(b) Regelung im Rahmen von Verwaltungsvorschriften zum StVollzG NRW	286
(c) Umdenken der Vollzugspraxis	287
(5) Zusammenfassung	288
b) Drogentherapie für ausländische Inhaftierte	289
(1) Rechtliche Analyse	289
(a) Auswirkungen auf die Aussetzung des Strafrestes bei zeitiger Freiheitsstrafe gemäß § 57 StGB	291
(b) Auswirkungen auf die Zurückstellung der Strafvollstreckung gemäß § 35 BtMG	294
(c) Vollstreckungsreihenfolge von Strafe und Maßregel bei ausländischen Inhaftierten gemäß § 67 Abs. 2 S. 4 StGB	296
(d) Zusammenfassung	299

(2) Empirische Ausgangslage	300
(3) Stellungnahme	301
c) Psychische Belastung aufgrund der aufenthaltsrechtlichen Situation	301
(1) Rechtliche Analyse	302
(a) Aufenthaltsrechtliche Betroffenheit	302
(b) Status quo eines aufenthaltsrechtlichen Beratungsangebots	302
(c) Zusammenarbeit von Strafvollzugsbehörde und Ausländerbehörde	305
(2) Empirische Ausgangslage	307
(3) Stellungnahme	308
(4) Lösungsansätze	311
(a) Systematische Einordnung einer aufenthaltsrechtlichen Beratung de lege ferenda	311
(b) Inhaltliche Ausgestaltung einer aufenthaltsrechtlichen Beratung de lege ferenda	314
(aa) Information oder Rechtsberatung im engeren Sinne	314
(bb) Personelle Durchführung	318
(c) Kommunikation mit der Ausländerbehörde	319
(d) Zusammenfassung	320
IV. Die erfolgreiche Installation der Integrationsbeauftragten	321
V. Zusammenfassung der empirischen Analyse	323
F. Konsequenzen für die Vollzugspolitik	325
G. Schlussbetrachtung	333
I. Lagebild der Integrationsbeauftragten	333
II. Ausblick	334
H. Anhang	336
I. Interview-Leitfaden	336
II. Einverständniserklärung zur Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Interviewdaten	337
III. Sammlung weiterführender Tabellen und Grafiken	338
1. Übersicht zu den rechtlichen Vorschriften zu Dolmetscherleistungen	340
2. Übersicht zu den rechtlichen Vorschriften zu Sprach- bzw. Deutschkursen	342
3. Übersicht zu den rechtlichen Vorschriften zu sonstigen Übersetzungshilfen	346
4. Übersicht zu den rechtlichen Vorschriften hinsichtlich der Vermittlung (inter-)kultureller Kompetenzen	347
5. Übersicht zu den rechtlichen Vorschriften hinsichtlich der Vermittlung (inter-)kultureller Kompetenzen für das Vollzugspersonal	348

6. Übersicht zu den rechtlichen Vorschriften hinsichtlich vollzugsöffnender Maßnahmen für migrantische Inhaftierte	349
7. Übersicht zu den rechtlichen Vorschriften hinsichtlich der Information bzw. Beratung über die aufenthaltsrechtlichen Belange der migrantischen Inhaftierten	353
IV. Sammlung relevanter Rechtsvorschriften	355
1. Auszüge aus dem Aufenthaltsgesetz	355
2. Auszüge aus dem Freizügigkeitsgesetz/EU	364
3. Auszüge aus dem Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen	367
4. Auszüge aus den Europäischen Strafvollzugsgrundsätzen	370
5. Auszüge aus den Empfehlungen des Ministerkomitees	371
Literaturverzeichnis	380
Sachverzeichnis	401

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Strafgefangene und Sicherungsverwahrte zum 31.03. des jeweiligen Jahres	43
Tabelle 2	Ausländische Bevölkerung in den Ländern zum Stichtag 31. 12. 2019 nach Bevölkerungsfortschreibung	47
Tabelle 3	Vergleich der ausländischen Bevölkerung nach den fünf häufigsten Staatsangehörigkeiten in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen zum Stichtag 31. 12. 2019	48
Tabelle 4	Die fünf häufigsten ausländischen Staatsangehörigkeiten nach Geburtsland in Deutschland am 31.03.2020	49
Tabelle 5	Die ausländische Bevölkerung nach Aufenthaltsstatus in Deutschland und Nordrhein-Westfalen zum Stichtag 31. 12. 2016	51
Tabelle 6	Entwicklung der jährlichen Asylantragszahlen 2005–2019 in Deutschland und NRW	52
Tabelle 7	Die zehn zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten der Jahre 2005 und 2019 in Deutschland und der Jahre 2014 und 2019 in Nordrhein-Westfalen im Vergleich	54
Tabelle 8	Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland in absoluten und relativen Zahlen im Jahr 2019	55
Tabelle 9	Strafgefangene und Sicherungsverwahrte in den Bundesländern zum Stichtag 31. 03. 2019	59
Tabelle 10	Ausländische Strafgefangene und Sicherungsverwahrte nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten in Deutschland zum Stichtag 31.03.2019	61
Tabelle 11	Entwicklung der aller Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten in Deutschland und Nordrhein-Westfalen 2004–2019 jeweils zum Stichtag 31.03.	66
Tabelle 12	Ausländische Strafgefangene und Sicherungsverwahrte nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten in Deutschland zum Stichtag 31.03.2019 und 31.03.2014	68
Tabelle 13	Rückfallrate nach Sanktionsart der Bezugsentscheidung – Deutsche/Nichtdeutsche	91
Tabelle 14	Ersuchen um Auslieferung aus der Bundesrepublik Deutschland	121
Tabelle 15	Ersuchen um Auslieferung an die Bundesrepublik Deutschland (Einlieferungen)	121
Tabelle 16	Ersuchen um Überstellung an das Ausland und deren Bewilligungen durch das Ausland 2010–2017	129
Tabelle 17	Die ausländische Bevölkerung nach Aufenthaltsstatus in Deutschland und Nordrhein-Westfalen zum Stichtag 31. 12. 2019 (Fortsetzung)	338
Tabelle 18	Die ausländische Bevölkerung nach Aufenthaltsstatus in Deutschland und Nordrhein-Westfalen zum Stichtag 31. 12. 2019	339
Tabelle 19	Übersicht zu den rechtlichen Vorschriften zu Dolmetscherleistungen	340
Tabelle 20	Übersicht zu den rechtlichen Vorschriften zu Sprach- bzw. Deutschkursen	342
Tabelle 21	Übersicht zu den rechtlichen Vorschriften zu sonstigen Übersetzungshilfen	346

Tabelle 22	Übersicht zu den rechtlichen Vorschriften hinsichtlich der Vermittlung (inter-)kultureller Kompetenzen (Integrationskurse)	347
Tabelle 23	Übersicht zu den rechtlichen Vorschriften hinsichtlich der Vermittlung (inter-)kultureller Kompetenzen für das Vollzugspersonal	348
Tabelle 24	Übersicht zu den rechtlichen Vorschriften hinsichtlich vollzugsöffnender Maßnahmen für migrantische Inhaftierte	349
Tabelle 25	Übersicht zu den rechtlichen Vorschriften hinsichtlich der Information bzw. Beratung über die aufenthaltsrechtlichen Belange der migrantischen Inhaftierten	353

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere/anderer Auffassung
a. F.	alte Fassung
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
AE	Alternativ-Entwurf
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AK-StVollzG	Alternativkommentar zum Strafvollzugsgesetz
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
ARB	Beschluss Nr. 1/80 des Assoziationsrates vom 19. September 1980 über die Entwicklung der Assoziation
Art.	Artikel
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AsylG	Asylgesetz
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
Aufl.	Auflage
AV	Allgemeinverfügung
AZR	Ausländerzentralregister
AZRG	Ausländerzentralregistergesetz
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BayIntG	Bayerisches Integrationsgesetz
BayLT-Drs.	Bayerische Landtagsdrucksache
BayStVollzG	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und Jugendstrafe (Bayerisches Strafvollzugsgesetz)
BbgJVollzG	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe, der Jugendstrafe und der Untersuchungshaft im Land Brandenburg (Brandenburgisches Justizvollzugsgesetz)
BeckOK	Beck'scher Onlinekommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Beschl.	Beschluss
BewHi	Bewährungshilfe (Zeitschrift)
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BremStVollzG	Bremerisches Strafvollzugsgesetz
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BtMG	Betäubungsmittelgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise

d. h.	das heißt
ders.	derselbe
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DVJJ	Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V.
ebd.	ebenda
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
et al.	und andere
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
f.	folgend
FE	Folgeentscheidung
FDP	Freie Demokratische Partei
ff.	folgende
FHOeffR	Fundheft für Öffentliches Recht
Fn.	Fußnote
FPPK	Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie (Zeitschrift)
FreizügG/EU	Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern
FS	Festschrift/Forum Strafvollzug (Zeitschrift)/Freiheitsstrafe
FS o. B.	Freiheitsstrafe ohne Bewährung
GEMA	Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GV	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
h. M.	herrschende Meinung
Hess. LT-Drs.	Hessische Landtagsdrucksache
HmStVollzG	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe (Hamburgisches Strafvollzugsgesetz)
Hrsg.	Herausgeber
HS	Halbsatz
HStVollzG	Hessisches Strafvollzugsgesetz
i. e. S.	im engeren Sinne
i. S. d.	im Sinne des
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinne
InfAuslR	Informationsbrief Ausländerrecht
Insbes.	insbesondere
IntV	Integrationskursverordnung
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen
IStGHG	Gesetz über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JM	Justizministerium
JS o. B.	Jugendstrafe ohne Bewährung

JStVollzG NRW	Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen (Jugendstrafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
jurisPR-StrafR	Juris Praxisreport Strafrecht (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JVA	Justizvollzugsanstalt
JVollzDSG NRW	Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten im Justizvollzug in Nordrhein-Westfalen (Justizvollzugsdatenschutzgesetz NRW)
JVollzGB	Gesetzbuch über den Justizvollzug in Baden-Württemberg
JVollzGB LSA	Justizvollzugsgesetzbuch Sachsen-Anhalt
JZ	JuristenZeitung (Zeitschrift)
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
KJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
KK	Karlsruher Kommentar
KrimJ	Kriminologisches Journal (Zeitschrift)
KrimOJ	Kriminologie – Das Online-Journal
KrimPäd	Kriminalpädagogische Praxis (Zeitschrift)
KZfSS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie
LandesR	Landesrecht
LG	Landgericht
LJVollzG	Landesjustizvollzugsgesetz Rheinland-Pfalz
LKA	Landeskriminalamt
LNNV	Laubenthal/Nestler/Neubacher/Verrel (Kommentar)
LR	Löwe/Rosenberg (Kommentar)
Ls	Leitsatz
LStVollzG SH	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe in Schleswig-Holstein (Landesstrafvollzugsgesetz Schleswig-Holstein)
LT-NRW-Drs. m. w. N.	Landtagsdrucksache Nordrhein-Westfalen mit weiteren Nachweisen
MschrKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform (Zeitschrift)
MüKO	Münchener Kommentar
NJVollzG	Niedersächsisches Justizvollzugsgesetz
NJW	Neue juristische Wochenzeitschrift
NJW-RR	Neue juristische Wochenzeitschrift – Rechtsprechungsreport
NK	Neue Kriminalpolitik (Zeitschrift)/Nomos-Kommentar
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht – Rechtsprechungsreport
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechungs-Report
OLG	Oberlandesgericht
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
PKS NRW	Polizeiliche Kriminalstatistik des Landes Nordrhein-Westfalen
PSB	Periodischer Sicherheitsbericht
RbFS	Rahmenbeschluss Freiheitsstrafen
RDG	Rechtsdepesche für das Gesundheitswesen (Zeitschrift)

RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens (Zeitschrift)
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RV	Rechtsverordnung
S.	Seite/Satz
s. o.	siehe oben
SächsStVollzG	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und des Strafrestes im Freistaat Sachsen (Sächsisches Strafvollzugsgesetz)
SBJL	Schwind/Böhm/Jehle/Laubenthal (Kommentar)
Sch/L/G/H	Schomburg/Lagodny/Gleß/Hackner (Kommentar)
SDÜ	Schengener Durchführungsübereinkommen
SIAK	Sicherheitsakademie-Journal
SK	Systematischer Kommentar
SLStVollzG	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe im Saarland (Saarländisches Strafvollzugsgesetz)
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
STAG	Staatsangehörigkeitsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StrRG	Gesetz zur Reform des Strafrechts
StV	Strafverteidiger (Zeitschrift)
StVollzG Bln	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe in Berlin (Berliner Strafvollzugsgesetz)
StVollzG Bund	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und freiheitsentziehenden Maßnahmen der Besserung und Sicherung (Strafvollzugsgesetz des Bundes)
StVollzG M-V	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe in Mecklenburg-Vorpommern (Strafvollzugsgesetz Mecklenburg-Vorpommern)
StVollzG NRW	Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Freiheitsstrafe in Nordrhein-Westfalen (Strafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen)
ThürJVollzGB	Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch
u. U.	unter Umständen
u. v. m.	und viele mehr
ÜAG	Gesetz zur Ausführung des Übereinkommens vom 21. März 1983 über die Überstellung verurteilter Personen, des Zusatzprotokolls vom 18. Dezember 1997 und des Schengener Durchführungsübereinkommens
ÜberstÜbK	Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen
USA	United States of America
v.	vom/von
Var.	Variante
VGH	Verwaltungsgerichtshof
Vgl.	Vergleiche
Vorb.	Vorbemerkung
VV	Verwaltungsvorschriften
WStG	Wehrstrafgesetz
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
ZfRSoz	Zeitschrift für Rechtssoziologie

ZfS	Zeitschrift für Soziologie
ZfStrVo	Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe
ZIK	Zentrum für interkulturelle Kompetenzen
ZJJ	Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Rechtswissenschaft

A. Einleitung

„Strafvollzug ohne Perspektive ist ein schweres Verbrechen.“

Dieses Zitat des Philosophen und Pädagogen Andreas Tenzer enthält zwei Interpretationslinien: Einerseits kann es als Kritik an bisherigen Umständen des Strafvollzugs verstanden werden. Andererseits verdeutlicht dies gegenwartsbezogen und zukunftsgerichtet den Handlungsauftrag eines menschenwürdigen Strafvollzuges im Sinne hoffnungsvoller und perspektivvoller Möglichkeiten für eine Zukunft nach Haftentlassung. Gerade in Bezug auf die Personengruppe der Migrant*innen stellt sich die Frage eines perspektivreichen Strafvollzugs. Resozialisierung von Migrant*innen – ein gelebtes Prinzip?

I. Erkenntnisinteresse und Forschungsanlass

Seit der Zuwanderung zahlreicher Schutzsuchender im Jahr 2015 in die Bundesrepublik und auch nach Nordrhein-Westfalen sind die Themen Flucht und Migration in den Fokus politischer und gesellschaftlicher Aufmerksamkeit geraten. Im Rahmen nachfolgender innerer Sicherheitsdebatten und gesellschaftlicher Vorbehalte gegenüber Migrant*innen, insbesondere gegenüber Flüchtlingen, ist das Thema „Migration und Kriminalität“ sowie „Migrant*innen im Strafvollzug“ immer noch hochaktuell, komplex und kriminalpolitisch umstritten.¹ Zweifellos darf sich die Wissenschaft nicht ausschließlich von aktuellen Ereignissen oder politischen Konjunkturen lenken lassen. Dennoch bedarf es einer konstruktiven und wissenschaftlichen Diskussion als Reaktion auf gegenwärtige Begebenheiten.²

Nicht nur das „altbekannte Phänomen der Ausländerkriminalität“, sondern auch die Thematik um strafgefangene Migrant*innen lädt zur schwarz/weiß Zeichnung ein.³ Hier spalten sich oftmals sowohl Politik als auch Gesellschaft in zwei Fraktionen: Diejenigen, die ein striktes Vorgehen gegen straffällig gewordene Migrant*innen fordern, indem sie diese ins Ausland zurückschicken wollen; und diejenigen, die die Delinquenz von Migrant*innen relativieren.⁴ Dabei stehen häufig lediglich die Skandalisi-

¹ Vgl. *Justizvollzugsbeauftragter NRW*, Tätigkeitsbericht 2015, S. 154.

² Vgl. *Walburg*, in: *KrimOJ* 2019, S. 1 (1).

³ Vgl. *Baisch*, in: *KrimPäd* 1993, S. 33 (33).

⁴ *Kubink*, in: *Ottersbach/Trautmann*, *Integration durch soziale Kontrolle?*, S. 13 (13).

sierung, Pauschalisierung und Ethnisierung im Vordergrund, die jedoch oft wissenschaftlicher Erkenntnisse entbehren.⁵

Bereits aus der Aufgabe der Rechtstatsachenforschung ergibt sich das Erkenntnisinteresse der vorliegenden empirischen Untersuchung. Zunächst ist es das Ziel zu klären, ob und inwiefern der Umgang mit und die Behandlung von Migranten im Strafvollzug ein Problem darstellen und ob bereits Maßnahmen zur Förderung der Integration von Migranten im Vollzugsalltag ergriffen wurden bzw. inwiefern diesbezüglich zukünftig Handlungsbedarf besteht. Dabei gilt es nicht nur die rechtlichen Schwierigkeiten, sondern gerade auch die praktischen Herausforderungen im Umgang mit Migranten darzulegen.

Im Juni 2016 veröffentlichte das nordrhein-westfälische Justizministerium ein „Konzept zur Förderung der Integration der ausländischen Inhaftierten und zur Verbesserung der Sicherheit im Justizvollzug NRW“ mit dem Titel „Gemeinsinn stärken – entschlossen gegen Radikalisierung“. Mit Verweis auf den steigenden Anteil verhaltensauffälliger ausländischer Inhaftierter und den sich aus Berichten der Vollzugspraxis ergebenden aktuellen Umstände, dass es im Vollzugsalltag zu Auffälligkeiten mit Inhaftierten aus bestimmten Herkunftsländern gekommen sei, sah sich die Politik veranlasst, Lösungen zur Integration zu ergreifen. Schließlich sei es nicht zu erwarten, dass diese Auffälligkeiten bloß temporär auftreten und in absehbarer Zeit enden werden, sodass eine maßnahmengestützte Gegensteuerung zwingend erforderlich sei. Dabei wurden problemorientiert Methoden zur Verbesserung der sprachlichen Verständigung, zur Sicherstellung eines spannungsfreien Zusammenlebens im Vollzug, Möglichkeiten zur Verhinderung von Radikalisierung, zur Förderung der Integrationschancen nach der Haftentlassung sowie Maßnahmen zur Optimierung der Handlungssicherheit der Vollzugsbediensteten festgeschrieben, die entschlossen umzusetzen seien. Diese basieren auf dem zugrunde liegenden Leitgedanken, dass die Ausgrenzung „problematischer“ Gefangener kein Mittel der Problemlösung sein kann und darf. Vielmehr müssen Hilfestellungen für eine an der verfassungsmäßigen Werteordnung ausgerichteten Integration maßgeblich sein. Es ist allen gegen diese Werteordnung gerichteten Aktivitäten entgegenzutreten, wobei die Belange der Sicherheit und der Schutz der Allgemeinheit sichergestellt werden müssen, womit letztlich auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Justizvollzuges gestärkt wird. Ausgehend von diesem Konzept wurden in Nordrhein-Westfalen 45 neue Planstellen geschaffen, die mit sogenannten Integrationsbeauftragten besetzt werden sollten. Diese nehmen – nach Vorstellung des Justizministeriums – die Aufgabe als Kulturmittler wahr, da sie als Ansprechpartner sowohl beratend im Vollzugsalltag als auch lösungsorientiert bei Konflikten aufgrund (inter-)kultureller Differenzen tätig werden. In der Folgezeit wurde seitens der ministeriellen Aufsichtsbehörde lediglich eine Richtlinie zur Gestaltung dieses vollzuglichen Themenfeldes erlassen. Im Wesentlichen war es den Integrationsbeauftragten selbst überlassen, ein Konzept für ihre jeweilige Justizvollzugsanstalt zu

⁵ Vgl. *Walburg*, in: *KrimOJ* 2019, S. 1 (2f.).

erarbeiten und die bisherige Integrationsarbeit auszubauen. Nach nunmehr vier Jahren stellt sich die Frage nach dem Status quo im Strafvollzug.

II. Stand der Wissenschaft

Die Thematik der Ausländer im Strafvollzug ist in der Wissenschaft kein neues Forschungsgebiet, sondern war in der Vergangenheit bereits Gegenstand verschiedener Untersuchungen.

1. Die Untersuchung von Boese

In der 2003 veröffentlichten Dissertation von Stefanie Boese mit dem Titel „Ausländer im Strafvollzug – Die Auswirkungen ausländerrechtlicher Maßnahmen auf die Realisierung des Vollzugszieles“ untersucht die Verfasserin die Situation ausländischer Inhaftierter im bundesdeutschen Strafvollzug, indem sie die Thematik rechtlich aufarbeitet und statistische sowie empirische Befunde auswertet.⁶

Zunächst durchleuchtet sie sehr ausführlich die verschiedenen Verfahrensstadien der straffällig gewordenen Ausländer. Auch die staatlichen Reaktionsmöglichkeiten auf die Straffälligkeit von Nichtdeutschen, insbesondere durch Ausweisung, werden umfangreich geschildert. Boese stellt dabei einen Widerspruch zwischen den Ausweisungsmechanismen des Ausländerrechts und dem Wiedereingliederungsziel des Strafvollzugsgesetz des Bundes (StVollzG Bund) fest. Kern der Analyse bilden die Ausführungen zum Strafvollzug bei Nichtdeutschen. Zwar arbeitet die Verfasserin sowohl die Bedeutung des Resozialisierungsziels als auch die Merkmale der ausländischen Inhaftierten heraus, jedoch bleibt die fortwährende Gültigkeit dieser Ergebnisse für den gegenwärtigen Strafvollzug aus zwei Gründen zweifelhaft: Aufgrund des Übergangs der Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug auf die Länder stützt sich ihre Untersuchung auf die alte Gesetzesgrundlage des Bundesstrafvollzugsgesetzes. Zudem dürfte das Thema „Ausländer im Strafvollzug“ allein aufgrund der Zuwanderung von hunderttausenden Flüchtlingen im Jahre 2015 eine neue Bedeutung gewonnen haben. Möglicherweise haben sich die Merkmale und auch die Probleme der ausländischen Inhaftierten seither verändert. Bereits 2003 gelangte Boese zu dem Schluss, dass sich beim Behandlungsvollzug von nicht-deutschen Gefangenen im Wesentlichen drei Problemkreise ergeben: (1) Kommunikationsbarrieren, (2) Kulturkonflikte sowie (3) der Zielkonflikt zwischen dem ausländerrechtlichen Instrument der Ausweisung und der Zielsetzung des StVollzG Bund, wobei die ausländerrechtliche Entscheidung sich auf den Behandlungsprozess verschiedenartig auswirkt. Damit gelangt Boese nach Auswertung empirischer Befunde zu der Schlussfolgerung, dass allein aufgrund des letztgenannten norma-

⁶ Monografisch *Boese*, Ausländer im Strafvollzug.